



Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie ist in ihrem Umfang und Ausmaß beispiellos. Insbesondere die Folgen des Wirtschaftseinbruchs sind noch kaum absehbar. Was aber optimistisch stimmt: Die Stabilisierungspolitik der Bundesregierung durch Soforthilfen, Überbrückungshilfen, Kurzarbeitergeld und temporäre Mehrwertsteuer scheint zu wirken – die wirtschaftliche Erholung dürfte schneller vonstattengehen als zunächst erwartet, wenngleich das Vor-Krisen-Niveau noch lange nicht erreicht sein wird.

Die Stärke einer Regierung zeigt sich in einer Krise allerdings nicht in ihrer Stabilisierungskompetenz, sondern in ihrer Zukunftskompetenz. Die Aufholjagd im internationalen Wettbewerb gewinnt, wer heute die richtigen Ideen hat und diese auch umsetzt. Die Union setzt hier auf klare Prioritäten und schnelle Investitionen. Ziel muss sein, die Internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und den Investitionsstandort Deutschland langfristig zu stärken. Das ist die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen Staat.

Bei ihrer Klausurtagung am 3. September hat die CSU im Deutschen Bundestag die richtigen Impulse gesetzt. Sie bestimmen unsere Agenda im zweiten politischen Halbjahr.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Über 15 Millionen Euro für Smart-City-Strategie des Landkreises Hof
Mehr Geld für Familien
Perspektiven schaffen für die Landwirtschaft

2
3
4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Über 15 Millionen Euro für Smart-City-Strategie des Landkreises Hof

Besser hätte diese Woche nicht starten können: Nachdem im letzten Jahr der Landkreis Wunsiedel mit seinem „Smart-City“-Modellprojekt in das Förderprogramm von Bundesinnenministerium und KfW-Bank „Modellprojekte Smart Cities“ aufgenommen worden ist, wurde Anfang dieser Woche bekanntgegeben, dass nun auch der Landkreis Hof mit seinem Konzept, die Digitalisierung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung einzusetzen, überzeugt hat. Als eines von bundesweit 32 - und bayernweit vier Projekten - wird das Projekt des Landkreises und seiner 27 Städte, Gemeinden und Märkten mit Bundesgeldern in Höhe von bis zu 15,1 Millionen Euro gefördert.

Das Projekt „Hofer Land – Innovation durch Daten und Strategien“ stellt die Themen Bürger, Innovation und Lebensqualität in den Mittelpunkt. Es verfolgt einen fachübergreifenden, integrierten Ansatz, um die Digitalisierung im Sinne der Bürger und vor allem mit den Bürgern zu gestalten. Konkret geht es darum, mithilfe neuer digitaler Ansätze insbesondere die Mobilität, die medizinische Versorgung und die Weiterbildung zu verbessern.

© Pedro Becerra

Große Herausforderungen erfordern neue Antworten

Die Corona-Pandemie stellt uns vor die größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung. Einiges haben wir in den letzten Monaten schon geschafft, doch es liegt noch ein langer Weg vor uns zurück in die Normalität.

Die CSU im Deutschen Bundestag will, dass Deutschland stärker aus der Corona-Krise geht, als es hineingekommen ist. Dafür müssen wir uns weiterentwickeln, modernisieren und krisenfest werden. Für uns ist klar, dass das nur gelingen kann, wenn wir unsere Unternehmen stärken, indem wir die Steuern senken, sie bei der Transformation – mit der Digitalisierung, der Globalisierung, dem Klimawandel – unterstützen und die richtigen Anreize setzen für Innovationen und Forschung. Die Beschlüsse unserer Klausurtagung vom 3. September finden Sie [hier](#).



„Wir müssen die Unternehmenssteuern senken für all die Gewinne, die im Unternehmen bleiben. Um den Unternehmen auch Spielräume zu verschaffen für die Herausforderungen, wie zum Beispiel für die Transformation in der Digitalisierung.“

In meinem Video ([hier abrufbar](#)) beantworte ich vier Fragen zum Thema „Große Herausforderungen erfordern neue Antworten“.



Kein Geschäft mehr mit Abmahnmissbrauch

Schon seit langem fordern wir, der unfairen und schädlichen Praxis missbräuchlicher Abmahnungen einen Riegel vorzuschieben. Es kann nicht sein, dass kleine und mittelständische Betriebe sich zunehmend wegen kleiner Verstöße, beispielsweise gegen die Datenschutzgrundverordnung, Abmahnungen ausgesetzt sehen. Hinter diesen Abmahnungen stecken oft nur vermeintliche Mitbewerber oder sogar sogenannte Abmahnvereine, die daraus ein Geschäft gemacht haben, das Internet nach Kleinstverstößen zu durchsuchen und dann von der Erstattung der völlig überzogenen Abmahnkosten zu profitieren. Gerade jetzt, wo während des Lockdowns viele kleine Unternehmen ihr Geschäft auf den Internethandel umgestellt haben, ist diese Praxis mehr als unlauter.

In dieser Woche haben wir daher ein Gesetz verabschiedet, das derartigen Missbrauch deutlich erschwert. Mit dem „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“ verschärfen wir die Anforderungen an abmahnbefugte Wettbewerber und wir verlangen mehr Transparenz von Abmahnvereinen. Außerdem begrenzen wir die finanziellen Anreize für dieses Geschäft, indem wir die Aufwendungsersatzansprüche und Vertragsstrafen stark einschränken.

Mehr Geld für Familien

In erster Lesung haben wir über das Zweite Familienentlastungsgesetz beraten. Mit diesem Gesetz werden wir den Steuerzahler, insbesondere aber die Familien entlasten.

Um **Familien** zu stärken, heben wir das Kindergeld um 15 Euro pro Kind an. Außerdem erhöhen wir den Kinderfreibetrag und den Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf für die Einkommenssteuer. Jeder Freibetrag wird pro Elternteil um 144 Euro angehoben. Damit kommt ein Elternpaar insgesamt auf eine Summe von 8.388 Euro jährlich, auf die keine Einkommenssteuer fällig wird.

Ab 2021 gibt es

- 219 Euro je für das erste und zweite Kind
- 225 Euro für das dritte Kind
- 250 Euro je für das vierte und jedes weitere Kind

Die Kinderfreibeträge steigen auf 8.388 Euro

Der Grundfreibetrag für Erwachsene steigt ebenfalls an. Er wird im Einkommensteuertarif von bisher 9.408 Euro auf 9.696 Euro für den Veranlagungszeitraum 2021 erhöht. Bis 2022 wächst der Betrag, auf den keine Lohnsteuer gezahlt werden muss, dann weiter auf 9.984 Euro pro Jahr. Das sind 576 Euro mehr als noch im Veranlagungsjahr 2020. Diese Änderung kommt Familien, aber auch **kinderlosen Steuerzahlern** zu Gute.



Infrastrukturvorhaben werden einfacher und schneller umgesetzt

Wenn z.B. Bahnstrecken digitalisiert oder Bahnsteige verlängert werden sollen, sind diese Verfahren oft lange in der Verwaltung festgesteckt oder wurden durch Gerichtsverfahren verzögert. Mit dem Investitionsbeschleunigungsgesetz, das wir in dieser Woche in erster Lesung beraten haben, werden wir das ändern. Wir wollen, dass Genehmigungen beschleunigt, Prozesse entschlackt und Gerichtsverfahren abgekürzt werden. Kurzum: Mit diesem Gesetz soll das Geld für den Schienenverkehr schneller verbaut werden.

Das Gesetz sieht vor, dass künftig z.B. die Erhöhung oder Verlängerung von Bahnsteigen oder etwa deren barrierefreier Umbau grundsätzlich von der Genehmigungspflicht befreit werden. Auch soll die Pflicht zur Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen gelockert werden. Für überregional wichtige Infrastrukturprojekte – etwa aus dem Bundesverkehrswegeplan oder dem Mobilfunkausbau – wird gesetzlich ein Sofortvollzug angeordnet. Das heißt: Nach Genehmigung durch die zuständige Behörde kann sofort losgelegt und gebaut werden – denn die aufschiebende Wirkung von Widersprüchen oder Anfechtungsklagen entfällt dann.

Das Investitionsbeschleunigungsgesetz knüpft thematisch an drei Gesetze zur Planungsbeschleunigung an, die bereits in dieser Legislaturperiode verabschiedet worden sind und die wichtige Voraussetzungen geschaffen haben, um Investitionen schneller und effektiver realisieren zu können.

Perspektiven schaffen für die Landwirtschaft

In dieser Woche hat die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ ihre Arbeit aufgenommen. Die Erwartungen an die Kommission sind klar formuliert: Wir wollen unseren Bäuerinnen und Bauern eine Perspektive bieten! Klar ist, dass für unsere kleinbetriebliche Landwirtschaft bzw. für unsere familiengeführten Höfe auch in Zukunft wirtschaftliches Arbeiten möglich sein muss. Wenn wir – wie von der Gesellschaft gefordert – noch mehr Tierwohl und noch mehr Umweltschutz wollen, dann müssen wir dafür gemeinsam mit den Landwirten Lösungen finden.

Die Landwirtschaft in Deutschland steht zweifelsohne vor großen Herausforderungen. Gegen sie zu hetzen und zu polarisieren, wie wir es vor allem im letzten Jahr viel zu oft erlebt haben, bringt uns keinen Schritt weiter. Ich verspreche mir daher von der Kommission, der Vertreter aller für die Landwirtschaftspolitik relevanten gesellschaftlichen Gruppen angehören, eine Versachlichung der Debatte sowie konkrete und kluge Lösungen. Einen Zwischenbericht soll die Kommission im Herbst 2020 vorlegen. Mit dem Abschlussbericht ist im Sommer 2021 zu rechnen.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat